



AZ L-15.451-01/428

ANTRAG Nr. 40/16

nach § 19 GeschO

Betr.: **Resolution für Flüchtlinge – Einstellung der Abschiebung von Flüchtlingen aus Griechenland in die Türkei**

Eingebracht in die Sitzung der 15. Landessynode am

A. Beschluss vom

 Verweisung an

B. Beschluss vom

 Annahme: einstimmig mit Mehrheit bei Jastimmen, Neinstimmen, Enthaltungen AblehnungC. Antrag zurückgezogen
am

Die Landessynode möge beschließen:

Der Oberkirchenrat wird gebeten, im Sinne der „Resolution für Flüchtlinge“ der Württembergischen Evangelischen Landessynode vom November 2014 auf Kirchen und Verantwortliche in der Politik einzuwirken, dass die Abschiebung von Flüchtlingen aus Griechenland in die Türkei sofort eingestellt wird.

Begründung:

In einer „Resolution für Flüchtlinge“ hat die Württembergische Evangelische Landessynode bei ihrer Sitzung am 27. November 2014 mit großer Sorge auf den seit Jahren andauernden Bürgerkrieg in Syrien und im Nordirak mit seinem großen Leid für viele Menschen hingewiesen. Eine schnelle, eindeutige politische Lösung schien damals nicht in Sicht. Die Landessynode appellierte an die Verantwortlichen in Politik und Kirche, alles zu tun, damit Flüchtlinge Aufnahme finden und in Sicherheit leben können.

Inzwischen hat sich die Situation für viele Flüchtlinge und Asylsuchende erheblich verschlechtert. 1 008 616 Menschen sind 2015 über den Seeweg nach Europa geflohen, 3 771 sind dabei gestorben oder werden vermisst. In den ersten 5 Monaten des Jahres 2016 ist die Zahl der bei ihrer verzweifelten Flucht im Mittelmeer ertrunkenen Menschen so schnell wie noch nie gestiegen – auf mindestens 2 499, also jeden Zwanzigsten von 46 000, die sich in dieser Zeit auf die gefährliche Fluchtroute von der nordafrikanischen Küste aus begeben haben. Auf dieser Route sterben sehr viel mehr Menschen als auf dem kurzen Weg zwischen der Türkei und Griechenland. Wir können diese Zahlen von Tausenden ertrinkenden Kindern, Frauen und Männern nicht mehr ertragen, nicht mehr vor unserem Gewissen verantworten.

Ein Grund für die hohe Zahl ertrinkender Menschen ist das Abkommen zwischen der EU und der Türkei über die Abschiebung von Flüchtlingen. Innenminister de Maiziere sagte voraus, dass wir erschütternde Bilder sehen werden. Wir wollen uns damit nicht abfinden.

Deshalb fordern wir in Übereinstimmung mit PRO ASYL und anderen Menschenrechtsorganisationen die verantwortlichen Personen in Kirche und Politik auf, sich dafür einzusetzen, dass die Abschiebungen von Flüchtlingen aus Griechenland in die Türkei sofort eingestellt werden. In der Türkei gilt die Genfer Flüchtlingskonvention für die meisten Schutzsuchenden nicht – z. B. nicht für Schutzsuchende aus Syrien, aus dem Irak und aus Afghanistan. Weiterhin fordern wir, dass Schutzsuchende in Griechenland umgehend aus der Haft entlassen und menschenwürdig untergebracht werden, und dass ihnen das Recht auf ein faires, individuelles Asylverfahren gewährt wird.

Außerdem bitten wir dringlich, dass sichere und legale Fluchtwege für schutzsuchende Menschen geschaffen werden.

Stuttgart, 23. Juni 2016

Dr. Harald Kretschmer
Elke Dangelmaier-Vinçon
Prof. Dr. Martin Plümicke
Sabine Foth
Ulrike Sämann

Kai Münzing
Angelika Herrmann
Dr. Viola Schrenk
Dr. Waltraud Bretzger
Peter L. Schmidt

Dr. Martin Brändl
Ulrich Hirsch
Ruth Bauer
Anita Gröh